AZ: -SG II – Herr Knapp

Drucksache Nr.: 1288/2018/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss	22.03.2023	Ö	Vorberatung
Hauptausschuss	28.03.2023	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	04.04.2023	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Bergmann/
1. Stadtrat Knapp

Verhandlungsgegenstand:

**Betriebskostenzuschuss an den
Tierschutzverein Neumünster in den
Jahren 2023 und 2024 in Höhe von
jeweils bis zu 100.000 Euro**

A n t r a g:

Der Tierschutzverein für Neumünster und Umgebung von 1932 e.V. erhält in den Jahren 2023 und 2024 einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von jeweils bis zu 100.000 Euro als Fehlbetragsfinanzierung.

ISEK:

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in der Stadt gewährleisten

Finanzielle Auswirkungen:

Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen im

Ergebnis-/Finanzplan 2023: 50.000 Euro
Zuwendungen für den Tierschutz

Die Deckung wird im Jahr 2023 aus dem
Budget des Sachgebietes II gewährleistet.

Im Haushaltsjahr 2024 sind Mittel in Höhe
von 50.000 Euro in den 1. Nachtragshaushalt
2024 einzustellen.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- Ja, positiv
- Ja, negativ
- Nein

B e g r ü n d u n g:

Ausgangssituation:

Gemäß der Landesverordnung über die zuständigen Behörden für die Durchführung des **Fundrechts** vom 18. Oktober 1976 (GVOBl. Schl.-H. S. 266) ist die **Stadt Neumünster** hierfür (§§ 965 bis 984 i.V.m. § 90 a BGB) **zuständig**. Wir sind verpflichtet, Fundsachen entgegenzunehmen und zu verwahren. Dies gilt für Fundtiere entsprechend.

Fundtiere sind gemäß § 2 Nr. 1 Tierschutzgesetz ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechend **angemessen zu ernähren, zu pflegen und verhaltensgerecht unterzubringen**. Der Fundbehörde steht es frei, die gesetzlich vorgeschriebene Unterbringung und Versorgung in eigenen Einrichtungen zu gewährleisten oder die Tiere zu diesem Zweck einer geeigneten Person oder Stelle – **in der Regel einem Tierheim** – zu übergeben und die erforderlichen Aufwendungen dafür zu tragen. Bei einer Übertragung der Unterbringungs- und Versorgungspflicht auf Dritte muss sichergestellt sein, dass die erforderliche Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 TierSchG vorliegt. Dies gilt auch im Fall einer weiteren Übertragung von Pflichten im Einzelfall, z.B. im Falle einer Inanspruchnahme privater Dienstleister, durch das Tierheim oder die Fundbehörde.

Daneben ist die Stadt Neumünster gemäß § 16 a des Tierschutzgesetzes als zuständige Behörde verpflichtet, die zur Beseitigung festgestellter **tierschutzrechtlicher Verstöße** und die zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen **Anordnungen zu treffen**. Dazu gehört insbesondere ein Tier, das nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes mangels Erfüllung der Anforderungen des § 2 erheblich vernachlässigt ist oder schwerwiegende Verhaltensstörungen aufweist, dem Halter fortzunehmen und so lange auf dessen Kosten **anderweitig pfleglich unterzubringen**, bis eine den Anforderungen des § 2 entsprechende Haltung des Tieres durch den Halter sichergestellt ist. Diese anderweitige pflegliche **Unterbringung erfolgt in der Regel in einem Tierheim**, das über eine Erlaubnis nach § 11 des Tierschutzgesetzes für die jeweilige Tierart verfügt.

Die Unterbringung von Fund- und Verwahrtieren findet zurzeit im Tierheim der Stadt Neumünster statt. Das ebenfalls in der Vergangenheit genutzt Tierheim in Wasbek wurde in 2022 geschlossen. Das Tierheim wird vom **Tierschutzverein für Neumünster und Umgebung von 1932 e.V.** betrieben. Zwischen dem Tierheim und der Stadt Neumünster bestehen ein Erbbauvertrag über das Gelände sowie vertragliche Regelungen zur Aufnahme von Tieren. Ob weitere vertragliche Regelungen mit Nachbarkommunen zur Aufnahme und Unterbringung von Fundtieren bestehen, ist hier nicht bekannt. Über den Erbbauvertrag besteht zwischen dem Tierschutzverein und der Stadt Neumünster seit 2016 ein Rechtsstreit, an dessen Beendigung bzw. Beilegung die Verwaltung derzeit arbeitet. Der Hintergrund des Rechtsstreites ist im Jahr 2016 zu finden, als damals aus unterschiedlichen Gründen dem Tierschutzverein die Genehmigung zum Betrieb des Tierheimes entzogen wurde und damit vertragsgemäß die Voraussetzungen für den sog. Heimfallanspruch des Erbpachtgebers, Stadt Neumünster, vorlagen. Seitdem hat es mehrere bisher nicht erfolgreiche Bemühungen zur Beendigung des Rechtsstreites gegeben.

Tierschutzverein von Neumünster und Umgebung von 1932 e.V.:

Im Juli 2022 fand ein Wechsel im Vorstand des Vereins statt. Frau Alexandra Breckwoltd wurde zur 2. Vorsitzenden gewählt und hat seit Oktober 2022 verschiedene Handlungsbedarfe (u.a. Personal, Organisation, Finanzen) identifiziert. Anfang des Jahres 2023 hat der 1. Vorsitzende sein Amt niedergelegt. Für weitere Einzelheiten sowie die übermittelten Kernanliegen des Tierschutzvereins (neuer Fundtiervertrag, Betriebskostenzuschüsse in 2023 und 24) sei auf die Anlage (Anschreiben der Frau A. Breckwoltd vom 15.03.2023) verwiesen.

Anliegen des Tierschutzvereins:

Der Verein beantragt für die Jahre 2023 und 2024 zur Aufrechterhaltung des Betriebs ab Juni 2023 jeweils 100.000 Euro Betriebskostenzuschuss sowie den Abschluss eines neuen Fundtiervertrages.

Bewertung des Antrags durch Sachgebiet II/Fachdienst 32:

Die Stadt Neumünster benötigt zur Durchführung der gesetzlichen Aufgaben ein funktionierendes Tierheim. Dazu gehört, dass die personellen, sachlichen und sonstigen Voraussetzungen für eine dauerhafte Betriebserlaubnis des Tierheims vorliegen und dass ein partnerschaftliches und vertrauensvolles Miteinander herrscht. Aus unterschiedlichen Gründen war dies in der Vergangenheit nicht durchgehend der Fall. Die Erfahrung zeigt, dass ein Tierheim regelmäßig nicht kostendeckend arbeiten kann und Zuschüsse öffentlicher Stellen erforderlich sind.

Mit dem jetzigen Antrag und der vollständigen Transparenz zur wirtschaftlichen Situation liegen in Verbindung mit bereits umgesetzten, sowie in Planung befindlichen personellen Maßnahmen sehr gute Bedingungen vor, um perspektivisch den genannten Idealzustand zu erreichen. Insofern wird die auch dauerhafte Bezuschussung der Betriebskosten, das heißt ggf. auch über die aktuell beantragten Jahre 2023 und 2024 hinaus, von Seiten der Verwaltung befürwortet. Diese Bezuschussung soll aus Sicht der Verwaltung nur dann bzw. in dem Maße stattfinden, wie die Eigenleistungsfähigkeit des Vereins nicht gegeben ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann sowohl über die Voraussetzungen zur Zahlung von Betriebszuschüssen als auch über deren Höhe, dies gilt auch für die Jahre 2023 und 2024, nicht final entschieden werden. Aus Sicht der Verwaltung müssen folgende wesentliche Voraussetzungen zeitnah erarbeitet werden bzw. dauerhaft gegeben sein:

- einvernehmliche Beilegung des Rechtsstreits und Abschluss eines neuen Pachtvertrages über das Tierheimgelände
- Abschluss eines aktualisierten Vertrages zur Kostenerstattung der Unterbringung von Fund- und Verwahrtieren
- Abschluss einer Zuwendungsvereinbarung gem. geltender städtischer Richtlinien zur Gewährung von Zuschüssen als Fehlbetragsfinanzierung
- personelle Konstanz fachlich geeigneten Personals
- nachzuweisende Bemühungen des Tierschutzvereins zur Akquise von Mitgliedern und Spenden
- nachzuweisende Bemühungen des Tierschutzvereins zur Akquise weiterer Betriebskostenzuschüsse aus umliegenden Gemeinden
- jederzeitige vollständige Transparenz über die wirtschaftliche Situation
- konstant zeitnahe Abrechnung von Kosten für Fund- und Verwahrtiere
- Nachholen bisher nicht durchgeführter Abrechnungen aus 2022
- partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Tierschutzverein und Stadt Neumünster/Veterinärbehörde

Wegen der zeitlichen Dringlichkeit und der noch zu klärenden/zu schaffenden Voraussetzungen bittet die Verwaltung zur Aufrechterhaltung des Tierheimbetriebs die Ratsversammlung um die Genehmigung, dem Tierschutzverein in den Jahren 2023 und 2024 Betriebskostenzuschüsse als Fehlbetragsfinanzierung im nachzuweisenden notwendigen Umfang von bis zu 100.000 Euro/Jahr für die Jahre 2023 und 2024 zukommen zu lassen. Eine Berichterstattung über den Fortgang der Zusammenarbeit erfolgt erstmals in der zweiten Jahreshälfte 2023.

Finanzielle Auswirkungen

Im Budget des Fachdienstes 32 sind für die Jahre 2023 und 2024 jeweils 110.000 Euro für den Tierschutz eingestellt. Hierin sind 30.000 Euro enthalten, die für das ehemalige Tierheim in Wasbek für die Bereitstellung eines Tierheims eingeplant sind. Daneben sind in dem Budget für beide Tierheime, Wasbek und NMS, pro Quartal jeweils 5.000 Euro für die Unterbringung von Fundtieren eingeplant, welche im Nachgang mit anfallenden Kosten/Rechnungen verrechnet werden. Aus diesem Budget wird auch die Unterbringung von Tieren (Exoten, Pferde, Reptilien, etc.) finanziert, die nicht in einem der beiden Tierheime untergebracht werden können. Durch die Schließung des Tierheimes in Wasbek sind somit in den Jahren 2023 und 2024 jeweils 50.000 Euro in der Planung enthalten, die nicht zweckentsprechend abfließen werden. Es sind jedoch auch Kosten zu erstatten für Tiere, die aus Gründen des Tierschutzes auf Kosten des Halters fortgenommen wurden. Nicht in allen Fällen werden die Kosten im Nachgang vom Halter beglichen.

Eine Deckung für den Differenzbetrag im Jahr 2023 in Höhe von 50.000 Euro wird aus dem Budget des Sachgebietes II gewährleistet. Im Haushaltsjahr 2024 sind Mittel in Höhe von 50.000 Euro in den 1. Nachtragshaushalt 2024 einzustellen.

Im Auftrag

Bergmann
Oberbürgermeister

Knapp
1. Stadtrat

Anlage:

Anschreiben der Frau A. Breckwoldt vom 15.03.2023